

Heftige Proteste

Wirtschaftsverbände greifen die AKB direkt an: Regierungsrat soll umstrittene «grüne» Kreditregeln rückgängig machen

Gewerbeverband und Handelskammer wollen es nicht akzeptieren, dass die Aargauische Kantonalbank gewisse Branchen von Krediten ausschliesst. Sie verlangen vom Regierungsrat ein Moratorium der Kreditvergabe-Kriterien und fordern eine permanente Vertretung im Bankrat der AKB, dem strategischen Führungsgremium.

31.01.2022, Fabian Hägler

Die Aargauische Kantonalbank vergibt künftig keine Kredite mehr an Unternehmen, die neue Atomkraftwerke bauen, fossile Rohstoffe fördern, oder Gentechnik-Forschung betreiben wollen. Zudem schränkt die AKB die Kreditvergabe für Casinos, Spirituosenhersteller, Tabakhändler und weitere Branchen ein. Die neuen Vergabekriterien der Kantonalbank wurden am Freitag publik und lösten heftige Proteste der SVP aus.

Die Einschränkungen seien links-ideologisch motiviert, die Richtlinien der Kreditvergabe zudem geschäftsschädigend und scheinheilig, kritisierte Grossrat Hansjörg Erne. Kantonalbank-Sprecherin Christine Honegger widersprach und sagte: «Wir sind überzeugt, mit dieser Politik zukünftig mehr nachhaltige Erträge zu generieren.» Nicht nachhaltig geführte Unternehmen würden über kurz oder lang Probleme in ihrer Geschäftstätigkeit erfahren.

Kritik von zwei wirtschaftlichen Schwergewichten

Kritik gibt es aber nicht nur aus der Politik, sondern auch aus der Wirtschaft. Logistik-Unternehmer Hans-Jörg Bertschi aus Dürrenäsch, der auch Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ist, fragte auf Twitter, warum sich die AKB nach den Forderungen der Grünen und nicht nach den Kriterien der Schweizerischen Nationalbank richte.

#Kredite nur an #nachhaltige #Unternehmen: AKB-Strategie in Kritik Warum richtet sich #AKB an Anforderungen @GrueneCH aus bezüglich #Nachhaltigkeit und nicht an Kriterien @SNB_BNS_de ?Wird Aargau wirtschaftsfeindlich? <https://t.co/2blsErcBND>— Hans-Jörg Bertschi (@hjbertschi) January 28, 2022

#Kredite nur an #nachhaltige #Unternehmen: AKB-Strategie in Kritik Warum richtet sich #AKB an Anforderungen @GrueneCH aus bezüglich #Nachhaltigkeit und nicht an Kriterien @SNB_BNS_de ?Wird Aargau wirtschaftsfeindlich? <https://t.co/2blsErcBND>

Und er schob die Frage nach: «Wird der Aargau wirtschaftsfeindlich?» Peter Gehler, Verwaltungsrat des Pharma-Zulieferers Siegfried in Zofingen und ebenfalls Vizepräsident der Handelskammer, schrieb in einer Reaktion auf Bertschis Tweet:

«Ein staatliches Institut sollte sich hüten, Politik zu machen und die Welt in gut und böse einzuteilen. Die AKB handelt entweder naiv oder fahrlässig. Die Feststellung, das eigene Geschäft sei davon nicht betroffen, zeigt eine gehörige Portion Zynismus.»

Hans-Jörg Bertschi und Peter Gehler sind zwei gewichtige Stimmen der Aargauer Wirtschaft. Doch am späteren Sonntagabend folgte eine noch stärkere Reaktion: Die Handelskammer und der Gewerbeverband verschickten eine Medienmitteilung, in der sie vom Regierungsrat «den sofortigen Rückzug der neuen Kreditvergabe-Kriterien der AKB» fordern.

Wirtschaftsverbände kritisieren: AKB schliesst einseitig Unternehmen aus

Mit den neuen Richtlinien würden einseitig gewisse Unternehmen von Krediten ausgeschlossen, schreiben die

beiden Wirtschaftsverbände. Und sie halten fest: «Ein solches politisches Handeln einer Staatsbank ist nicht angebracht und daher zu unterbinden». Soweit die Kreditvergaben bereits verbotene Geschäfte (z. B. Pornografie) betreffen, bringen die Kriterien aus Sicht der Wirtschaftsverbände nichts Neues und seien lediglich als Marketing-Massnahme zu betrachten.

Den Ausschluss von Schnapsproduzenten, Tabakhändlern und Casinos erachten AGV und AIHK als «unzulässig und wirtschaftsfeindlich und somit schädlich für den Arbeits- und Steuerplatz Aargau». Aus Sicht der Verbände ist insbesondere der Stopp der Kreditvergabe an Kernenergieanlagen stossend. «Dies im Energiekanton Aargau, wo die Volkswirtschaft seit Jahren und auch inskünftig von der Kernkraft profitiert. Zudem ist der Kanton direkt sowie über die AEW an der Axpo beteiligt und damit auch Miteigentümerin von Kernkraftwerken», halten die Verbände fest.

Die neue Strategie werde die Bank vielleicht vom politischen Druck bezüglich nachhaltigem Wirtschaften entlasten, «doch den Kanton insgesamt hinsichtlich der künftigen nationalen Energiepolitik massiv schwächen», prophezeien sie. Auch der Ausschluss der Finanzierung von gewissen Branchen «sei eine einseitige Positionierung, welche politisch nicht abgestützt und damit für eine Staatsbank höchst fragwürdig ist», schreiben die Verbände. Die AKB sei eine Bank mit 100-prozentiger Staatsgarantie und dürfe deshalb keine Branchen bevorzugen oder benachteiligen, heisst es in der Mitteilung weiter.

Gewerbeverband und Handelskammer verlangen Einsitz im Bankrat

Das Staatsinstitut habe den gesetzlichen Auftrag, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, schreiben die Verbände und kritisieren den Bankrat, das neunköpfige strategische Führungsgremium der AKB. Mit einseitig einschränkenden Kreditvergabe-Richtlinien berücksichtige der Bankrat lediglich die Anliegen eines Teils der Bevölkerung und der Unternehmen. «Offensichtlich ist die Mehrheit der Mitglieder im Bankrat mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten im Kanton nicht vertraut und verfügt nicht über ein ausreichendes Sensorium für politische Zusammenhänge», schreiben Gewerbeverband und Handelskammer.

Deshalb wollen die Verbände, dass der Regierungsrat eingreift. Dieser wird in der Mitteilung aufgefordert, «ein Moratorium der neuen Kreditvergabe-Kriterien anzuordnen». Zudem soll die Regierung die Vergabe der beiden frei werdenden Bankratssitze sistieren und eine permanente Vertretung der Aargauer Wirtschaft im Bankrat sicherstellen. Im strategischen Führungsgremium werden auf Januar 2023 zwei Sitze frei, zudem ist das Präsidium neu zu besetzen. Am 20. November wurden die Stellen in einem Inserat ausgeschrieben, die Eingabefrist für Bewerbungen endete gemäss Ausschreibung am 6. Dezember.

AKB-Sprecherin: Kriterien im Einklang mit Eigentümerstrategie des Kantons

Längerfristig ist für den Gewerbeverband und die Handelskammer klar: «Die Kreditvergaberegeln müssen überarbeitet werden, wobei der Eigentümer (Regierungsrat und Grosse Rat) diese strategische Frage im Rahmen der Eigentümerstrategie wird beantworten müssen.» AKB-Sprecherin Honegger sagte am Freitag zur Kritik der SVP: «Unser Engagement steht im Einklang mit der Eigentümerstrategie unseres Kantons.»

Darin heisst es, das Thema Nachhaltigkeit erhalte in der Bevölkerung, insbesondere im Klimabereich, einen steigenden Stellenwert. Und weiter: «Die Bank orientiert sich nach den ganzheitlichen ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) sowohl als Unternehmen wie auch im Dienstleistungs- und Produkteangebot. Der Eigentümer unterstützt diese konsequente Ausrichtung.»

In einer Auflistung der Ziele der Kantonalbank gemäss Verfassung und AKB-Gesetz wird die Nachhaltigkeit ebenfalls aufgeführt. Demnach muss die Bank ihre Ziele in diesem Bereich jährlich definieren und darüber Bericht erstatten. Als Thema bei den regelmässigen Eigentümergesprächen ist Nachhaltigkeit hingegen nicht aufgeführt.

Ganz anders als die Wirtschaftsverbände positionieren sich die Aargauer Grünliberalen. Sie begrüssen den

Entscheid der AKB und schreiben in einer Mitteilung: «Neben ökologischen und gesellschaftlichen Vorteilen dieser Praxisänderung sprechen handfeste wirtschaftliche Faktoren für diese selbstbestimmte Einschränkung der Kreditvergabe.» Dass die AKB darauf achte, keine toxischen, schädlichen oder gesellschaftlich geächteten Güter und Dienstleistungen zu finanzieren, begrüsst die GLP. Dies zeige, dass die Bank bereit sei, mehr Verantwortung für das gesellschaftliche Wohlergehen aller zu übernehmen. Dies steht aus Sicht der Grünliberalen nicht im Widerspruch mit den im Gesetz und der Eigentümerstrategie festgehaltenen Auflagen. «Ganz im Gegenteil: Die Ausrichtung der AKB wird so dem Auftrag erst richtig gerecht». Die GLP findet es richtig, dass die AKB eine Vorreiterrolle einnimmt. Die Partei ist überzeugt, «dass diese Strategie nicht nur langfristig der Natur und der Gesellschaft hilft, sondern auch den wirtschaftlichen Erfolg der Bank in Zukunft sichern wird.» GLP-Aargau-Präsident Philippe Kühni ruft denn auch die anderen Geldinstitute auf, vergleichbare Kriterien für die Kreditvergabe einzuführen. (fh)



Vor drei Jahren nahm Hans-Jörg Bertschi (rechts), Logistikunternehmer und Vizepräsident der Handelskammer, den Aargauer Unternehmenspreis von AKB-Chef Dieter Widmer entgegen – nun kritisiert Bertschi die Kantonalbank scharf. Bild: Chris Iseli / Montage: Pat

Bild: Chris Iseli / Montage: Pat



Peter Gehler. Bruno Kissling
Bruno Kissling